Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 21. April 1926
Mittwoch Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30–32. Fernsprecher: Amt Hasenheide 5979–5999. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ“ erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen:
Welt und Werk * Kraft und Stoff
Wirtschaft und Recht
Weltverkehr * DAZ im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. :—: :—: Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif. :—: :—:

65. Jahrgang
21. 4. a Nr. 185

Der Russenkredit.

Ju allernächster Zeit wird im „Reichsanzeiger“ eine Bekanntmachung über die Ausfallbürgschaft erscheinen, die Reich und Länder bei Lieferungsgeschäften nach Rußland übernehmen. Gleichzeitig kommen Bestimmungen über die Ausgestaltung dieser Ausfallbürgschaft heraus. Bekanntlich übernehmen das Reich und das garantierende Land die Ausfallbürgschaft bis zur Höhe von 60 Prozent (und zwar das Reich bis zur Höhe von 35 Prozent und das beteiligte Land bis zur Höhe von 25 Prozent) des Gesamtkaufpreises. Die großen Länder haben sich generell bereiterklärt, die Ausfallbürgschaft im vorgesehenen Maße zu übernehmen, die kleineren Länder haben sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten. Die Ausfallbürgschaft des Reiches beschränkt sich auf 105 Mill. M. Die Lieferfirma hat ein eigenes Risiko in Höhe von 40 Prozent, in dessen halber Höhe sie eine Vorhaftung trägt.

Die Entscheidung darüber, ob eine Ausfallbürgschaft übernommen wird, steht einem Interministeriellen Ausschuß zu, zu dem auch die jeweils beteiligten Länder Vertreter entsenden können. Dem Interministeriellen Ausschuß ist zur Durchführung der laufenden Arbeiten als Geschäftsstelle die Garantie-Abteilung der Deutschen Revisions- und Treuhand A.-G. beigegeben.

Auf Grund der Ausfallbürgschaft können Lieferungsverträge in Höhe von rund 300 Millionen Reichsmark abgeschlossen werden. Die durch die Ausfallbürgschaft zu stützenden Lieferungsverträge sollen zur Hälfte, also in Höhe von rund 150 Millionen Reichsmark, solche Verträge sein, in denen die deutsche Lieferfirma dem russischen Besteller einen Kredit bis längstens 31. Dezember 1930 gewährt und die „schwere Installationen“, d. h. vollständige Einrichtungen oder umfangreiche Teileinrichtungen ausgedehnter industrieller Anlagen und großer Werkstätten oder die Erneuerung solcher Anlagen in großem Ausmaß zum Gegenstand haben. Hier kommen in Betracht: russische Bergwerke und Kokereien, Naphthaanlagen, metallverarbeitende (auch eisenverarbeitende) Unternehmungen, Papier-, Zuckerfabriken, möglicherweise auch andere derartige große Betriebe. Die weiteren 150 Millionen Reichsmark sollen auf solche Lieferungsverträge entfallen, in denen die deutsche Lieferfirma dem russischen Besteller einen Kredit bis längstens 31. Dezember 1928 einräumt und die „leichte Installationen“, d. h. rasch lieferbare Produktionsmittel betreffen. Verträge über „leichte Installationen“ haben die Lieferung von Waren zum Gegenstand, wie sie in einer „Warenliste“ aufgezählt sind.

Der Interministerielle Ausschuß entscheidet darüber, ob die in einem Lieferungsvertrage bezeichneten Waren überhaupt unter die Gruppen von Waren fallen, auf die sich die Ausfallbürgschaft bezieht und ob die Waren in die Gruppen der „schweren“ oder der „leichten Installationen“ einzureihen sind, d. h. ob sich die Ausfallbürgschaft auf die Zeit bis längstens 31. Dezember 1930 oder 31. Dezember 1928 bezieht. Seinen Entscheidungen liegen bestimmte Richtlinien zugrunde, die der Reichstag aufgestellt hat, so Berücksichtigung des Anteils an deutscher Arbeit in den Lieferungen, Rücksicht auf die gebietsweise verschiedene Arbeitslosigkeit, auf Wahrscheinlichkeit von Nachbestellungen sowie auf Verteilung der Aufträge über die verschiedenen Landesteile.

Die Finanzierung der Geschäfte liegt den deutschen Lieferfirmen ob, die sich die Mittel aus dem Inland oder Ausland beschaffen können. Verhandlungen über eine Generalfinanzierung wurden und werden zwischen den Russen und den deutschen Banken einerseits geführt, die noch zu keiner Einigung gekommen sind, und zwischen den Russen und Harriman andererseits. Diese letzteren Verhandlungen sind nicht aussichtslos. Es sind in letzter Zeit auch keine Ereignisse eingetreten, die ihre Aussichten vermindert hätten. Dazu hat sich stärker als ursprünglich erwartet die Möglichkeit ergeben, daß eine Reihe von Firmen sich selbst finanzieren kann. Die Generalfinanzierungsmethode würde allerdings den Vorteil einer größeren Streuung des Geschäftes mit sich bringen, während bei Selbstfinanzierung nur die größten und kapitalkräftigsten Firmen in Betracht kämen

Die von Reich und Ländern garantierten Wechsel müssen das Akzept des russischen Bestellers oder, falls der Besteller nicht die russische Handelsvertretung in Deutschland ist, außer dem Akzept des russischen Bestellers auch die Unterschrift der russischen Staatsbank oder der russischen Handelsvertretung in Deutschland tragen. Für die Wechsel wird infolgedessen in jedem Falle der russische Staat bürgen, und auch russische Trusts müssen, da sie Sondervermögen besitzen, sich der Unterschrift der Staatsbank oder der russischen Handelsvertretung versichern. Das Reich übernimmt keine wechselmäßige Haftung, sondern haftet nur nach allgemein schuldrechtlichen Grundsätzen.

Die allgemeinen Bestimmungen über die Voraussetzungen, Bedingungen und das Verfahren der Ausfallbürgschaft, sowie die zu verwendenden Formulare können von den Spitzenorganisationen und von der Garantie-Abt. der Deutschen Revisions- und Treuhand-Ges. bezogen werden.

Die Anträge auf Uebernahme der Ausfallbürgschaft können vom 21. April 1926 an an den Interministeriellen Ausschuß, Geschäftsstelle Berlin W 8, Mohrenstr. 62, gerichtet werden.

---

kbg. **Wien,** 21. April. (Eigenbericht.) Zwischen der österreichischen und der jugoslawischen Regierung finden Verhandlungen über den Abschluß eines Rechtshilfsvertrages statt. Zur Unterfertigung dieses Abkommens werden drei jugoslawische Unterhändler hier eintreffen und mit dem zuständigen Fachreferenten verhandeln. Die Meldungen vom Abschluß eines Schiedsvertrages und einem Besuch des jugoslawischen Außenministers Nintschitsch in Wien sind unrichtig.

Die neuen Krisengerüchte.

Fürstenkompromiß und Regierungsumbildung.

Der sonst so beliebte Frühling ist wissenschaftlich als eine Jahreszeit entlarvt worden, die Unglücksfällen aller Art, Krisen und Erregungszuständen Vorschub leistet. Begreiflicherweise bleiben diese Auswirkungen nicht auf Straßenunfälle und Selbstmorde beschränkt, sie ergreifen auch die hierfür stets sehr geeignete Sphäre der Politik. Ueberall wird plötzlich von Krisen geraunt, geflüstert, geplaudert und geschrien — je nach Temperament, bemerkenswerterweise auch je nach „Einstellung“. Denn von einer Krise redet Rechts und Links. Jeder verdächtigt den anderen, jeder erhofft irgendwelche Vorteile für sich davon. Der Gerechtigkeit wegen muß festgestellt werden, daß diesmal das sonst wegen seiner Krisenlust so viel geschmähte Parlament an der Krisenmacherei unschuldig ist. Noch weilt der Reichstag in den Ferien, und die Tätigkeit des Rechtsausschusses reicht wirklich nicht aus, zusammen mit einigen Zeitungsartikeln das objektive Vorhandensein einer Krise zu rechtfertigen.

Wenn man dem etwas unklaren Gesamtbild der Gerüchte und Kombinationen auf den Grund geht, so findet man dort, je nach dem, den Wunsch oder die Befürchtung, die Deutschnationalen möchten auf dem Umwege über das Fürstenkompromiß, für das man dem hierfür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich und die Sache mit den Sozialdemokraten allein nicht mehr zu machen ist, wieder in die Regierung kommen. Dies ist zum Mindesten sehr unwahrscheinlich. Die Deutschnationalen könnten sich zwar sagen, daß gegen den Enteignungsantrag das Kompromiß sicher das kleinere Uebel ist. Sie könnten aus den zuweilen sehr erfolgreichen Bemühungen der Sozialdemokraten und ihrer Verbindungshalter, in der gegenwärtigen Koalition sich die Regierung durch Freundschaftsdienst immer mehr zu verpflichten, für ihr eigenes Verhalten gegenüber dem Kabinett gelernt haben. Sie könnten infolgedessen versuchen, an dem Kompromiß noch zu verbessern, was zu verbessern ist, und den Sozialdemokraten das Durchhalten ihrer konsequenten Linie erleichtern und den Umfall verbauen.

Aber sehr groß sind die Aussichten auf eine solche Politik der Deutschnationalen nicht, und auch im Falle eines Zusammengehens der Koalition mit den Deutschnationalen beim Fürstenkompromiß ist es einigermaßen weit hergeholt, gleich von Regierungsumbildung zu sprechen, als wenn die Fürstenabfindung plötzlich das tragende Problem unserer Politik geworden wäre. Es gibt leider noch sehr viele schwerwiegende Probleme, die mindestens ebenso schwer lösbar sind, und wenn man schon auf dem Standpunkt steht daß die Regierung nicht dauernd auf der jetzigen Minderheitsbasis bleiben kann und daß die innere Notwendigkeit ihrer inner- und wirtschaftspolitischen Aufgaben sie mit den Deutschnationalen wieder zusammenführen muß, so sollte man den Zeitpunkt hierfür heranreifen lassen. Naturereignisse lassen sich nicht durch Taschenspielerstücke ersetzen.

Die Einzelaussprache zum Kompromiß.

Der Rechtsausschuß des Reichstags trat in die Einzelaussprache über den neuen Fürstenkompromiß-Entwurf ein. Die Erörterung drehte sich vor allem um den sozialdemokratischen Vorschlag, die Mitglieder des Reichssondergerichts durch den Reichstag wählen zu lassen. Der Vorsitzende Dr. Kahl (Volkspartei) stellte seine Stellungnahme dahin richtig, daß er diesen Vorschlag als indiskutabel bezeichnet habe.

Der Deutschnationale Dr. Hahnemann wies darauf hin, daß angesichts der notwendigen Zweidrittelmehrheit die Frage offenstehe, ob man das Gesetz mit den Sozialdemokraten oder mit den Deutschnationalen machen wolle. Die bisherige Entwicklung deute nach der ersten Richtung. Der Redner wiederholte den früheren deutschnationalen Antrag, einen Senat beim Reichsgericht mit zwei Parteimitgliedern als Sondergericht einzusetzen.

Der Sozialdemokrat Dr. Rosenfeld wandte sich gegen eine Heranziehung von Richtern und die darin liegende Erneuerung des Richterprivilegs. Der Volksparteiler Dr. Wunderlich bezeichnete die Berufsrichter als durchaus geeignet, im Sondergericht zu wirken. Er unterstützte den deutschnationalen Antrag. Der Demokrat Freiherr v. Richthofen bezeichnete die deutschnationalen Anträge als unannehmbar. Der Zentrumsabgeordnete Dr. Bell äußerte die Ansicht, daß sich dagegen die sozialdemokratischen Anträge mit der Struktur des parlamentarischen Systems und der Reichsverfassung nicht in Einklang bringen ließen. **§ 1 des Kompromisses wurde schließlich in unveränderter Fassung angenommen. Dafür stimmten die Vertreter der Regierungskoalition und der Wirtschaftlichen Vereinigung, dagegen die Völkischen und die Kommunisten, Deutschnationale und Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme, der Vertreter der Bayerischen Volkspartei fehlte.**

*

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags ist auf Montag nachmittag 3 Uhr einberufen worden. Auf der Tagesordnung stehen die deutsch-russischen Verhandlungen. Die Beratungen sollen nötigenfalls am Dienstag fortgesetzt werden.

Regierungskrise in Mecklenburg.

Schwerin, 21. 4. Zu der heutigen Sitzung des Landtages wurde über den Antrag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei abgestimmt, daß die Erklärungen der Regierung zu den ultimativen Forderungen der Güstrower Landwirteversammlung gegeben hatte, der Auffassung des Landtages entsprechend abgestimmt. Es handelte sich dabei um ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Für den Antrag stimmten 23 Abgeordnete (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei), gegen den Antrag 37 (Völkische Freiheitspartei, Nationalsozialisten, Demokraten, Wirtschaftler, Sozialdemokraten und Kommunisten).

Das Vertrauensvotum war somit abgelehnt.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service“

Der italienisch-griechische Vertrag.

Was die „Chicago Tribune“ darüber zu berichten weiß.

New York, 21. 4. (Eigenbericht.)

Die „Chicago Tribune“ erklärt, daß sie den hauptsächlichsten Vertragsinhalt des geheimen italienisch-griechischen Vertrages gegen die Türkei besitze. Sie veröffentlicht darüber folgendes:

1. Beide Länder ermutigen die Propaganda in der Türkei für die Wiedererrichtung des Kalifats;
2. Griechenland soll die durch den Krieg verlorenen Gebiete zurückerhalten;
3. Italien soll den ganzen südlichen Teil Kleinasiens erhalten, und zwar den Teil entlang der südlichen Eisenbahn bis Egerdir, und dann hinunter bis Selinti und den drei Seen an dem Abhang der Berge;
4. Jugoslawien soll durch die Einverleibung von Albanien entschädigt werden;
5. falls die Türkei Griechenland angreifen sollte, soll es vor einem Flankenangriff durch Italien gesichert werden.

Das Blatt behauptet ferner, Chamberlain habe bei seinem Zusammentreffen mit Mussolini in Rapallo diesem das Versprechen gegeben, England werde sich gegenüber diesem Abkommen neutral verhalten; Mussolini habe dagegen versichert, die fascistische Propaganda unter den indischen Eingeborenen solle aufgegeben und die britischen Ansprüche auf Mossul unterstützt werden.

kbg. **Wien,** 21. 4. (Eigenbericht.)

Hier liegt eine Londoner Meldung des „Daily Telegraph“ vor, wonach die gesamte männliche Bevölkerung in Anatolien im Alter zwischen 19 und 25 Jahren mobilisiert worden sei. Die türkische Armee in Smyrna, am ziliziscḥen Hafen Mersina und an dem Eisenbahnknotenpunkt Afium—Karahissar werde zusammengezogen. Die Türkei sei entschlossen, jedem Landungsversuch von italienischer und griechischer Seite energisch entgegenzutreten.

Beneschs Fragebogen.

Herr Benesch interessiert sich außerordentlich für den werdenden deutsch-russischen Vertrag. Er hat die Verhandlungen sogar zum Gegenstande einer Note an die Ententeregierungen, der eine Art Fragebogen beigegeben ist, gemacht. Sein Interesse geht dahin, wieweit der abzuschließende Vertrag mit den Bestimmungen des Völkerbundes in Einklang zu bringen sei. Die Note soll angeblich auch der deutschen Regierung übersandt werden; bis Mittwoch war sie aber noch nicht in Berlin eingetroffen.

Der Schritt des Herrn Benesch muß nach der inzwischen bekanntgewordenen Stellungnahme der englischen und der französischen Regierung und nach den Erörterungen, die die Vertragsverhandlungen seit Tagen in der Weltpresse erfahren, zum mindesten als etwas ungewöhnlich bezeichnet werden, insonderheit, wenn, wie die nach Berlin gelangten zuverlässigen Nachrichten besagen, Herr Benesch in seinem Fragebogen sich anschickt, von Deutschland gewissermaßen Rechenschaft zu verlangen, wie der Vertrag mit den Völkerbundssatzungen übereinstimme. Denn diese Fragestellung ist auf einen fingierten Tatbestand aufgebaut, da dieser Punkt noch Gegenstand von Beratungen zwischen den Vertragskontrahenten ist.

Herr Benesch kann es ruhig unserer Sorge überlassen, ob der Vertrag mit den Völkerbundsgesetzen in Einklang zu bringen sei. Aber auch wenn wir von diesem Punkte einmal absehen, bleibt das Vorgehen des tschechischen Staatsmannes befremdlich, da es doch zu sehr den Anschein hat, als wollte hier eine fremde Macht die deutsche Außenpolitik kontrollieren, was Deutschland, ganz gleich, ob es Völkerbundsmitglied ist oder nicht, entschieden ablehnen muß. Wir können niemals darauf verzichten, Verträge abzuschließen, mit wem wir es immer für richtig halten, genau so wie Herr Benesch für sein Land nicht auf den Abschluß von Sonderbestimmungen verzichten wollen wird. Und was würde wohl Herr Benesch dazu sagen, wenn Deutschland einen Fragebogen verschickte, in dem es sich dafür interessierte, inwieweit die Sonderabmachungen der Tschechoslowakei mit dem Völkerbund in Einklang zu bringen seien?

Femeausschuß.

Im Femeuntersuchungsausschuß des Reichstags legte der Vorsitzende Abg. Dr. Schetter (Zentr.) ein Arbeitsprogramm vor. Danach sollen im Sinne der vom Plenum überwiesenen Aufgabe als Fememorde angesehen werden: Anschläge auf Menschenleben auf Grund des Spruchs einer Organisation oder der Verabredung einzelner ihrer Mitglieder wegen eines von ihnen als verräterisch angesehenen Verhaltens sowohl gegen Mitglieder und ehemalige Mitglieder als auch gegen Außenstehende. Als Femeorganisationen sollen angesehen werden: Organisationen, die Gruppen bildeten oder duldeten, denen die Durchführung von Femeaufträgen oblag. Im übrigen sollen strafbare Handlungen nur berücksichtigt werden, soweit sie zur Beleuchtung der Anschläge oder zur Charakterisierung der Organisationen von Bedeutung sind.

Unter diesen Gesichtspunkten sollen nach dem bisher geprüften Material als Feme-Organisationen in Betracht kommen: 1. Die S. R. (Schwarze Reichswehr), 2. die Organisation Roßbach, 3. die Arbeitsgemeinschaft Mayer (Breslau), 4. die Einwohnerwehr Bayern (Ortsgruppe München), 5. der Blücher-Bund (München), 6. die O. C. (Organisation Consul), 7. der Werwolf. Die Behandlung der wichtigsten Fememorde (Schwarze Reichswehr) soll mit Rücksicht darauf, daß das Aktenmaterial noch sehr unvollständig ist, bis Eingang und Durcharbeitung der hierzu gehörigen Akten zurückgestellt werden. Folgende Fälle sollen zunächst untersucht werden: 1. Fall Bauer, 2. die Fälle der Einwohnerwehr München, 3. Organisation Consul, 4. der Fall Hermann.

Nach längerer Aussprache wurde das Arbeitsprogramm genehmigt. Auf volksparteilichen Antrag wurde die Tscheka in die Untersuchung einbezogen. Bezüglich der Einwohnerwehren in Bayern wurde beschlossen, die Untersuchung nur auf die Landesleitung zu erstrecken.

Beunruhigung in England.

Italiens Politik sowie die deutsch-russischen Verhandlungen.

sx. **London,** 21. 4. (Eigenbericht.)

In liberalen Kreisen haben die englisch-italienischen Abessinien-Verhandlungen Beunruhigung erregt. Es wird darauf hingewiesen, daß der italienische Vormarsch in Somaliland keinen anderen Zweck haben könne, als an der Grenze Abessiniens einen militärischen Druck auszuüben. Die Verhandlungen schienen, als die amtliche Mitteilung in Paris erfolgt war, noch nicht völlig abgeschlossen gewesen zu sein. Jedenfalls hat sich erst in der vergangenen Woche der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Sir William Torwell, nach Rom begeben. Die Einberufung türkischer Reservisten hat hier weniger wegen der Mossulfrage als mit Rücksicht auf die italienischen Machtgelüste stutzig gemacht. Zurzeit weilt der britische Botschafter Sir Ronald Lindsay wieder in Angora, wo er ein Memorandum über das Ergebnis seiner Londoner Besprechungen überreicht hat.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ setzt heute seine Verdächtigungen zur Diskreditierung des deutsch-russischen Vertrages fort. Er will gehört haben, die Ansicht in britischen Kreisen laufe darauf hinaus, daß ein solcher deutsch-russischer Vertrag, wenn er auch harmlos und legitim sei, doch geeignet wäre, zu einem späteren Datum Unruhe und Gefahr hervorzurufen. Es lohnt sich nicht, im einzelnen auf diese Kombinationen einzugehen. Erwähnt wird unter anderem die Drohung, England werde vom Locarnovertrage zurücktreten, und dann würde Deutschland die von England übernommenen Garantien verlieren.

*

Der ehemalige Vizekönig von Indien, Lord Reading, ist vom Könige empfangen und zum Marquis ernannt worden. Die letzte derartige Ernennung war die Lord Courzons im Jahre 1921.

Frankreich wartet weiterhin ab.

Wie der „Temps“ sich den deutsch-russischen Vertrag denkt.

a. **Paris,** 21. 4. (Eigenbericht.)

Die in Prag und Warschau laut werdenden Besorgnisse hinsichtlich der deutsch-russischen Verhandlungen haben bisher an der französischen Haltung nicht viel ändern können. Man findet es hier ganz begreiflich, daß die Angelegenheit

in den Oststaaten größere Beunruhigung

erwecke als anderwärts. Auch die dort herrschenden Besorgnisse möchten vielleicht nicht ganz unbegründet sein, aber im übrigen besteht an den maßgebenden Stellen offenbar keine Neigung, aus der bisherigen Haltung eines vorsichtigen Abwartens herauszutreten. Was die Neutralitätsfrage betrifft, so richten sich die Zweifel hiesiger politischer Kreise nicht so sehr gegen die vertragliche Festlegung dieser Bestimmungen, denen man keine ausschlaggebende Bedeutung beimessen möchte; vielmehr glaubt man die eigentliche Gefahr darin erblicken zu müssen, daß Deutschland durch seine Haltung im Völkerbundsrat jede Maßregel gegen die Moskauer Regierung unmöglich machen könnte, ohne daß es dadurch gegen die in Locarno und Genf angenommenen Verpflichtungen verstoßen würde. In der Presse wird diese Auffassung besonders vom „Echo de Paris“ vertreten, das im übrigen der Ansicht ist, die Genfer September-Verhandlungen würden eine noch schärfere Krisis zeitigen als die bei der letzten Zusammenkunft.

Die Stuttgarter Rede des Außenministers Dr. Stresemann hat die in der französischen Oeffentlichkeit laut gewordenen Zweifel und Befürchtungen nicht wesentlich verringern können. Der „Temps“ bemerkt zu dieser Rede, niemand denke daran, Deutschland einen Vorwurf zu machen, wenn es seine freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland sichern wolle. Aber die Frage sei, ob die Berliner Regierung durch die neuen Abmachungen

an der Erfüllung ihrer westlichen Verpflichtungen verhindert

werde. Wenn Herr Stresemann in Stuttgart erkläre, die beiden Länder wollten sich gegenseitig verpflichten, in Zukunft keine aggressiven Maßregeln zu ergreifen, so könnten diese Worte — wenn sie überhaupt einen Sinn haben sollten — nur so verstanden werden, daß der Vertrag tatsächlich eine gegenseitige Neutralitätsverpflichtung enthalte. Der von Benesch aufgestellte Fragebogen werde wenigstens den Vorteil haben, die Lage zu klären und eine eindeutige Stellungnahme der verschiedenen Parteien zu ermöglichen.

Der Berliner Berichterstatter des „Temps“ glaubt, den wesentlichen

Inhalt des Vertrages

in folgenden vier Punkten zusammenfassen zu können:

1. Jede der beiden Mächte bleibt neutral, falls eine von ihnen eine dritte Macht angreifen würde, z. B. wenn die Sowjets Polen angriffen.
2. Wenn in diesem Falle Deutschland aufgefordert würde, den Artikel 16 durchzuführen, so werde es sich in den Grenzen halten, die von den Vertretern der Mächte in dem Begleitschreiben von Locarno vom 19. Oktober zugebilligt worden seien.
3. Jede der beiden Mächte bleibt neutral, im Falle eine von ihnen einem nicht provozierten Angriff einer dritten Macht ausgesetzt würde, z. B. England gegen Sowjetrußland.
4. Deutschland und Rußland würden von nun ab, um die in Rapallo geschaffenen freundschaftlichen Bande enger zu knüpfen, alle Angelegenheiten, die für sie von gleichem Interesse wären, in gemeinsamem Vorgehen behandeln.

---

td. **Oslo,** 21. 4. (Eigenbericht.) Die Norwegische Luftfahrtgesellschaft teilt mit, daß die „Norge“ voraussichtlich am Sonnabend von Leningrad abfahren wird.

Ein Kommuniqué der Rifleute.

Sind sie bereit, auf die Vorbedingungen einzugehen?

a. **Paris,** 21. 4. (Eigenbericht.)

Azerkane, der Leiter der Delegation der Rifleute, übergab der Presse gestern ein zweites amtliches Kommuniqué. Danach widersetzen sich die Rifleute grundsätzlich keiner der vier Friedensbedingungen, die vor dem Beginn der Verhandlungen von der spanisch-französischen Delegation aufgestellt worden seien. Sie verlangten jedoch Abänderung dieser Bedingungen, die mit den Interessen ihrer Stämme, ihrer Ehre und jener des Emir (lies: Abd el Krim) unvereinbar seien. Die

Unterordnung des Rif unter den Sultan

von Marokko müßte nach Ansicht Azerkanes durch die Formel: Anerkennung der weltlichen und geistlichen Autorität des Sultans ersetzt werden. Was die Entfernung Abd el Krims anlange, erscheine es ihm fraglich, ob seine sofortige Entfernung im Interesse des Rifs und der verhandelnden Regierungen liege. Er halte es daher für vorteilhaft, diese Bedingung erst in einem späteren Zeitpunkt zu besprechen, wobei von einer Entfernung Abd el Krims von islamischem Boden überhaupt nicht die Rede sein könne und Abd el Krim zu einer freiwilligen Abdankung die Möglichkeit gegeben werden müßte.

Die Entwaffnung könnte erst nach Schaffung einer einheimischen Miliz ins Auge gefaßt werden. Der Austausch der Gefangenen könnte erst nach Friedensschluß durchgeführt werden. Diese Abänderungen hielten die Rifleute für möglich, wenn die spanische und französische Regierung ebenso aufrichtig den Frieden wollen wie ihn die Marokkaner wünschten.

Die Veröffentlichung des Kommuniqués soll Azerkane noch in den Abendstunden zurückgezogen und später die Verbreitung mit seiner Unterschrift gestattet haben. Auf französisch-spanischer Seite will man darin ein Manöver der Marokkaner erblicken. General Simon verwahrt sich dagegen, daß die französisch-spanische Delegation den Rifleuten ein Ultimatum gestellt hätten. — Nachdem der Kaid Haddul, Mitglied der Delegation der Rifleute, nunmehr ein zweites Mal zum Emir geflogen ist, scheint man in französisch-spanischen Delegationskreisen die Hoffnung zu hegen, daß die Wiedereröffnung der Verhandlungen wahrscheinlich am Donnerstag in einer ruhigeren Atmosphäre und mit mehr Erfolg verlaufen werde.

Die Hauptschwierigkeit scheint weiterhin, wie übrigens auch gestern abend von zuständiger Pariser Stelle betont wurde, in der

Durchführung des Vormarschs der französisch-spanischen Truppen

noch vor den eigentlichen Friedensverhandlungen zu bestehen, eine Bedingung, die, wie die obige Stelle es ebenfalls zugibt, Abd el Krim in den offiziellen Vorbesprechungen nicht bekannt gegeben wurde, und die die marokkanische Delegation auch in ihrem zweiten ausführlichen Kommuniqué von gestern nicht berührte.

*

Udschda, 21. 4. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Rifdelegation hat ein Kommuniqué herausgegeben, das sie vor dem Fluge eines ihrer Mitglieder an Abd el Krim abgefaßt hat. Es heißt darin, die Rifleute seien bereit, die Autorität des Sultans anzuerkennen; sie weigerten sich jedoch, durch formelle Handlungen diese Unterwerfung darzutun. Die Ausweisung Abd el Krims aus dem Rifgebiet werde zurzeit als nicht im Interesse Frankreichs, Spaniens oder des Riflandes bezeichnet, wenn auch eine Vereinbarung für möglich gehalten werde, daß er das Land verlasse. Allerdings müsse ihm gestattet werden, sich in einem mohammedanischen Lande niederzulassen. Zur Abrüstung erklärt die Delegation, daß sie in Erwägung gezogen werden könne, als Ersatz aber müsse eine Militärpolizei gestattet und eine Bürgschaft für die Selbstverwaltung der Stämme gegeben werden. Der Austausch der Gefangenen solle erst nach Friedensschluß stattfinden. Es wird hier betont, die Mäßigung in der Tonart dieser Mitteilung sei der beste Beweis dafür, daß die Rifleute den Frieden wünschten.

*

Haifa, 21. 4. (Sonderdienst der DAZ.)

Nach Informationen aus drusischer Quelle konnten die Franzosen Nebk und Mejdelshams nicht halten. Sie haben bei den Gefechten um Nebk 1200 und bei Mejdelhams 1500 Mann verloren. Die Drusen sind anscheinend wegen der Ankündigung des französischen Vormarsches auf den Djebel in keiner Weise besorgt. Es wird behauptet, daß eine Eroberung von Sueida noch nicht die Unterwerfung bedeuten würde.

Amtliche Meldungen über den Eindruck, den die Aktionen bei Aleppo und Alexandrette auf die Bevölkerung des Bezirks von Kosseir gemacht haben, sind das erste Anzeichen dafür, daß die Aktivität irregulärer türkischer Abteilungen so weit nach Süden vorgedrungen ist.

Fortschritte der amerikanisch-französischen Schuldenverhandlungen.

a. **Paris,** 21. 4. (Eigenbericht.)

Nach einer Meldung des „New York Herald“ aus Washington ist anzunehmen, daß die zwischen dem französischen Botschafter Bérenger und dem Schatzsekretär Mellon gepflogenen Unterhandlungen in der Schuldenfrage gute Fortschritte machten und die Grundlage eines Uebereinkommens gefunden wäre. Mittwoch werde der amerikanische Senat, wie bereits gemeldet, über die italienische Schuldenregelung unterhandeln und sodann sofort in die offizielle Beratung über die französische Schuldenfrage eintreten. Die Jahresraten sollen nach dieser Meldung in den ersten fünf Jahren nur schwach 25 Millionen Dollar jährlich überschreiten, sodann sich in den nächsten Jahren erhöhen, aber auch in den letzten Jahren nicht den von Amerika im vergangenen September verlangten Beträgen zurückbleiben.

Mittlerweile ist das Pfund auf 147½ Franken gestiegen. Eine Interpellation über den neuesten Kurssturz des Franken ist, wie bereits gemeldet wurde, gelegentlich der bevorstehenden Budgetdebatte zu erwarten.

Bündnispolitik oder Friedenssicherung?

Dr. F. K. Die Aufnahme der Indiskretion über Besprechungen zwischen Deutschland und Rußland in der Weltöffentlichkeit ist nicht übermäßig aufregend. Welch unheure Sensation rief im Jahre 1922 der Vertragsabschluß von Genua hervor. In leidenschaftlicher Uebertreibung mobilisierte Lloyd George, der englische Ministerpräsident, die Weltmeinung. Weil vor vier Jahren auf einem Weltkongreß ein einziger Staat uns als gleichberechtigt ansah und es wagte, mit Vertretern des Deutschen Reiches Abmachungen zu treffen, stellte sich die Meute aller anderen mit größter Vehemenz gegen uns! Heute ist das Echo des noch nicht vollzogenen Vertragsabschlusses wesentlich ruhiger, freilich gerade deswegen vielleicht gefährlicher als damals. Wir halten es für höchst unerwünscht, daß mit dem endgültigen Abschluß gezögert wird. Auch die russische Seite kann kein Interesse daran haben, die Diskussionen, die notwendigerweise über das Positive im Dunkeln tappen müssen, sich fortsetzen zu lassen, und gemeinsamen intimen Feinden weitere Gelegenheit zu bieten, Verwirrung und Unruhe zu stiften.

In der „Times“ wird gesagt, eine neue Lage Europas sei im Entstehen. Die Tatsache dieser Verhandlungen sei eine scharfe Erinnerung daran, daß die Ereignisse in Europa nicht den Verlauf nähmen, den man Anfang dieses Jahres erwartet habe. Wir sind nicht ganz sicher, welchen Verlauf der Ereignisse die englische öffentliche Meinung für dieses Jahr erwartet hat. Soweit aber Deutschland in Frage kommt, geht die Feststellung des großen englischen Blattes fehl. Sogar im „Echo de Paris“ wird an Aufsätze in der deutschen Presse erinnert, die vor dem Jahresende erschienen und in ihren Forderungen vollkommen darauf hinausliefen, was heute in der auswärtigen Politik Deutschlands im Werden ist. Sollte aber die „Times“ auf das Fiasko der Genfer Völkerbundstagung anspielen, so möchten wir zu bedenken geben, daß dieser Mißerfolg wirklich nicht Deutschland zugeschrieben werden kann. Herr Chamberlain soll offiziös die Auffassung bekundet haben, er stehe dem bevorstehenden Vertragsabschluß zwischen Deutschland und Rußland „nicht ungünstig“ gegenüber. Man müßte sich über eine andere Stellungnahme des englischen Außenministers auch sehr wundern.

In der französischen Oeffentlichkeit, der sich auch der „Daily Telegraph“ angeschlossen hat, glaubt man anscheinend, den deutsch-russischen Vertrag mit dem Hinweis auf Polen und andere östliche Vasallenstaaten Frankreichs bekämpfen zu können. Gerade dieses Argument aber wendet sich bei näherer Betrachtung gegen seine Väter. Ist es denn nicht so, daß die Franzosen den ganzen Kontinent mit einem unentwirrbaren Netz von Bündnissen überzogen haben, von militärischen Allianzen, die ausgesprochenermaßen bezwecken, Deutschland unter dem Druck bewaffneter Koalitionen zu halten? War nicht sogar in dem von dem famosen Preissänger Paul-Boncour so hoch gerühmten Genfer Protokoll die Bestimmung enthalten, daß die Sonderbündnisse trotz Völkerbund aufrecht bleiben sollten? Gibt nicht der französische Fiskus Millionen und aber Millionen für die Erhaltung der polnischen, der tschechischen und anderer „verbündeter“ Armeen? Nirgends hat man den Gedanken des Völkerbundes mit solcher Emphase gepriesen wie gerade in Frankreich. Die französische Politik aber ist unbeirrt darauf gerichtet, mit den Mitteln der dreimal verfemten Geheimdiplomatie Bündnis auf Bündnis zu schließen, Bataillone auf Bataillone zu formieren, deren einzige Aufgabe ist, bei einem Konflikte über Deutschland herzufallen.

Kurz nach dem Besuche Paul-Boncours in Warschau, hielt der polnische Kriegsminister, General Zeligowski, der traurige Held von Wilna, bei einer Tagung des Schützenverbandes eine Rede, in der es heißt: „Jedes polnische Haus muß eine Festung werden und jeder Bürger ein Soldat.“ Ist das der Geist des Völkerbundes und jener konstruktiven Politik für Mitteleuropa, die Herr Benesch soeben in Prag, freilich bedeutend sobinierter als Graf Skrzynski als Notwendigkeit bezeichnet hat? Um bei den Polen zu bleiben: das polnisch-rumänische Militärbündnis ist in diesem Jahre abgelaufen und erneuert worden. Während es sich früher nur auf die polnische und rumänische Ostgrenze bezog, hat es jetzt einen allgemeinen Charakter erhalten. In der Sprache des polnischen Auswärtigen Amtes nennt man das eine „Anpassung an die Locarnoverträge“. In der Tat ist in der äußeren Form ein gewisser Einklang mit dem Pakt von Locarno vorhanden. In Wirklichkeit handelt es sich indessen um nichts anderes als um den großen Erfolg der polnischen Politik, daß sie das Versprechen der Bukarester Regierung gewonnen hat, in einem Konfliktsfalle mit Deutschland auch rumänische Truppen gegen uns marschieren zu sehen. Es mag wohl sehr zweifelhaft sein, ob der rumänische Generalstab, wenn es einmal zu solchem Konflikte kommen sollte, willens und imstande sein wird, den Vertrag nach seinem Geiste und Buchstaben zu erfüllen. Aber zweifellos liegt in dem Abschluß eine außerordentliche Provokation, die nicht das Geringste mit der neuen europäischen Verständigungspolitik zu tun hat. Kein Mensch wird behaupten können, daß diese Brüskierung Deutschlands auf die deutsch-russischen Verhandlungen zurückzuführen sei. Wären dem Grafen Skrzynski diese Verhandlungen bekannt gewesen, so hätte er vielleicht mit der Adaptierung seiner Allianz mit Rumänien gewartet. Hätten die Drahtzieher der Entente den Abschluß mit Moskau mit Sicherheit vorausgesehen, dann wäre es ja wohl am einfachsten gewesen, auch die heimliche Zusicherung des polnischen Ratssitzes noch um einige Monate zu verschieben.

Es besteht eben ein prinzipieller Unterschied zwischen dieser antiquierten Bündnispolitik unserer Gegner und den Forderungen, die hinsichtlich Moskaus für die deutsche Staatsleitung hier seit langem aufgestellt worden sind. Dort das zuletzt auf Furcht vor der deutschen wieder erstarkenden Macht ge-